

Dresdner Volkszeitung

Postleitzettel: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bonifaz: Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerporto monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierjährlich 36,00 M., unter Strengband für Deutschland monatlich 25,00 M., Einzelnnummer 60 Pf.

Telexgramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Weltmeierplatz 10. Tel. 26261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Weltmeierplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nach.

Anzeigenpreis: die 9 geplante Sonnabendzeit 5,00 M., Familienanzeigen 4,00 M., die 3 geplante Samstagszeit 20,00 M. Bei mehrmaliger Abgabe Verminderung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme am vorgesehenen Tag. Für Briefmarkenzeitung 1 M.

Nr. 74

Dresden, Dienstag den 28. März 1922

33. Jahrg.

Kautsky gegen die U.-S.-P.-Zentrale

Genosse Karl Kautsky überendet dem Vorwärts den offenen Brief an die U.-S.-P.-Zentrale mit folgendem Begeisterkribben: „Der vorliegende Brief war zuletzt der Redaktion der Freiheit zur Veröffentlichung eingesandt worden. Da sie sich in ihrer augenblicklichen Lage gewisse Reserven aufzuteilen mag, tragt sie Bedenken, ihn abzudrucken. Ich ersuche daher die Redaktion des Vorwärts, mir Gastfreundschaft zu gewähren.“

Werte Genossen!

Im Morgenblatt der Freiheit vom 21. März veröffentlicht Ihr einen Aufruf der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, dem Ihr einen eigenen Aufruf folgen läßt. In diesem wird die Vereinigung der R.A.G. mit der U.S.P. für vollzogen erklärt und dies als der Anfang der sehnlichst erwarteten Wiedervereinigung des zerstrittenen sozialistischen Proletariats in Deutschland begrüßt.

Ich könnte mich damit abfinden, ein Häuflein unbekannter Kommunisten zu Parteigenossen zu bekommen, wenn dies bloß eine Begleiterdeutung der Vereinigung des gefallenen sozialistischen Proletariats Deutschlands, also im wesentlichen der Vereinigung der U.S.P. mit der S.P.D. bildeten würde.

Davon ist aber gar nicht die Rede. Ihr verbindet vielleicht die Aufnahme der R.A.G. mit der Aufforderung an alle legalen revolutionären Massengenossen in der rechtssozialistischen Partei", in die U.S.P. einzutreten.

Ich weiß nicht, was Ihr Euch dabei gedacht habt. Die bisherige Erfahrung hat doch schon genug gezeigt, daß die ethischen revolutionären Elemente, die es offenbar auch nach Eurer Ansicht zahlreich in der S.P.D. gibt, nicht daran denken, ihrer Partei den Rücken zu kehren. Insosfern ist die Aufforderung eine lächerliche. Doch leider ist sie noch etwas schlimmeres. Sie besagt, daß die Zentralleitung die Vereinigung des deutschen sozialistischen Proletariats durch die

Gerrümmierung der S.P.D. herbeiführen will, was keinen rücksichtslosen Kampf gegen sie unerlässlich macht.

Euer Aufruf, der als Einigungsschmelze beginnt, flingt also in einen Kriegskurs gegen die S.P.D. aus. Ihr drückt einige Dutzend kommunistischer Parteiverderber an Euer Herz und vertieft gleichzeitig die Kluft, die die U.S.P. von den Millionen deutscher Proletarier in der S.P.D. trennt.

Damit fest Ihr Eurer Politik die Krone auf, die schon seit geraumer Zeit die Einigung der deutschen Sozialisten bemüht. Ihr mit Eurem Anhang seit dadurch die Hauptschuldigen geworden an dem Fortbestehen der Spaltung und damit der Schwächung des deutschen Proletariats in einer verzweifelten Situation, in der nur engster Zusammenhalt es retten kann.

Da die Einigung des deutschen Proletariats der Hauptgewinn meines Lebens geworden ist, wird es mir unmöglich, dieser schweren Schädigung des deutschen und damit des internationalen Sozialismus gegenüber stillzuschweigen. Das würde mich zum Mittschuldigen an eurem Tun machen. Ich fühle mich gedrängt, vor aller Deffenlichkeit gegen den Aufruf der Zentralleitung der U.S.P. schärfste Protest einzulegen.

Wohl möglich, daß dieser Protest Euch sehr gleichgültig läuft. Schon 1920 haben ja Crispin und Dittmann, um das Wahlmollen der Moskauer Gewaltshaber zu gewinnen, Ihnen erklärt, meine Stimme werde in der U.S.P.D. nicht bedacht. Weit mehr Gewicht für Euch haben Bratz und Däumig.

Nicht um Euch zu überzeugen richte ich diesen Brief an Euch, sondern um Klärheit zu schaffen über das Verhältnis zwischen Euch und mir.

Charlottenburg, 25. März 1922.

Mit sozialistischem Gruß

Karl Kautsky.

Der Kampf um die Planwirtschaft

Von Rudolf Wissell

Die Wirtschaft eines Volkes ist etwas organisch Gemeindenes; sie kann nicht von heute auf morgen auf ganzlich andere Antriebsmotoren umgestellt werden. Die bisherigen Antriebsmotoren unserer Wirtschaft waren und sind der Erwerbsbetrieb und der Handel — die Erlangung wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Die bürgerliche Wirtschaft steht verloren,

dass es der Gesamtheit diene, wenn möglich viele Menschen in die Lage kommen, im Rahmen der allgemeinen Gesetzgebung ungehindert ihren eigenen Vorteilen nachzuhören. Angebot und Nachfrage regeln die Preise. Erzeugt wird nicht um den Bedarf des Landes zu denken, sondern des darüber hinauspringenden Vorteiles wegen. Was mit der erzeugten Ware geschieht, ist dem Erzeuger ganz gleichgültig; mag sie ein Chines oder Neger oder sonst wer kaufen, die Hauptjagd ist, das verdient wird. Wird durch die Erzeugung von Kurzwaren in ihr verdient, als durch die Erzeugung lebensnotwendiger Waren, so werden diese und nicht diese erzeugt. Das mag natürlich in einer in steter Entwicklung aus kleinen Anfängen heraus gewachsenen, sich ausgedehnten und reich gewordenen Wirtschaft, wie sie vor der Kriegszeit bestand, angehen. In denselben Augenblick jedoch, wo der gewohnte Abiot steht und die erforderlichen Rohstoffe fehlen, müssen erhebliche Störungen eintreten. Der Gegensatz zwischen den privaten und den Allgemeininteressen muß sich besonders fraß zeigen. Das gelingt auch beim Ausbruch des Krieges, als das Reich eingriff und die Allgemeininteressen über die privaten zu stellen suchte.

Wir boten in der ersten Zeit des Krieges so etwas wie eine Gemeinwirtschaft. Sie wandelte sich in demselben Augenblick wieder zur Individualwirtschaft, als man für die Kriegsarbeit der Heimat Gewinne und Profit erzielen ausgeschlagend ließ. Von den das Reich mit Blut und Leben tragenden Kämpfern wurde das Eintragen für die Gesamtheit als elementare Pflicht gefordert; für die Wirtschaft der Heimat galt dieser rein sozialistische Grundzug nicht. Der klaßende Zweckwalt der für die Kriegsarbeit draußen und drinnen gestellten Gründüsse hat den Zusammenbruch der Moral bewirkt, den wir heute alle beklagen. Er macht es besonders schwer, in der Wirtschaft andre als die bisherigen Motoren des Antriebes zur Geltung zu bringen. Sozialistische Wirtschaft erfordert Gemeinsamkeit, löst die Allgemeininteressen und nicht die Privatinteressen ausdrücklich ab.

Wir haben in der ersten Zeit des Krieges so etwas wie eine Gemeinwirtschaft. Sie wandelte sich in demselben Augenblick wieder zur Individualwirtschaft, als man für die Kriegsarbeit der Heimat Gewinne und Profit erzielen ausgeschlagend ließ. Von den das Reich mit Blut und Leben tragenden Kämpfern wurde das Eintragen für die Gesamtheit als elementare Pflicht gefordert; für die Wirtschaft der Heimat galt dieser rein sozialistische Grundzug nicht. Der klaßende Zweckwalt der für die Kriegsarbeit draußen und drinnen gestellten Gründüsse hat den Zusammenbruch der Moral bewirkt, den wir heute alle beklagen. Er macht es besonders schwer, in der Wirtschaft andre als die bisherigen Motoren des Antriebes zur Geltung zu bringen. Sozialistische Wirtschaft erfordert Gemeinsamkeit, löst die Allgemeininteressen und nicht die Privatinteressen ausdrücklich ab. Das bedeutet eine Umstellung der Menschen, die bei der gegebenen Tatsache nur in langjähriger Erziehungsarbeit erzielt werden kann. Wir müssen sie verlieren. Und sie wird Erfolg haben, weil jeder, der sehen will und der nicht nur an sich denkt, erkennt, daß es so, wie es ist, in unserer Wirtschaft nicht überleben kann.

Die arbeitenden Schichten des Volkes und die Rentner vereinenden immer mehr. Ihr Reckahn steht nun ein beträchtliches unter dem Durchschnitt der Vorriegszeit. Breite Schichten des bisherigen Mittelstandes sind zu einer oft tiefer unter der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft stehenden Eliten herabgeglitten. Dabei macht sich üppiger Luxus aufreizend geltend. Zum deutl. unserer Wirtschaft, weil sie dabei mehr verdient, als bei der Deckung des Bedarfs der breiten Schichten des Volkes. Deckung des Bedarfs ist nicht das in erster Linie und mit allen Mitteln erstrebte Ziel.

Alle Welt fragt, daß mehr gearbeitet werden müsse, um aus unserer verzweifelten Lage herauszukommen. Die Ruhe nach Verbesserung der Arbeitszeit findet nicht mehr vereinzelt, sondern in allen Reihen des Bürgertums ganz allgemein. Richtig ist, daß der einzelne nur mehr Waren erhalten kann, wenn mehr erzeugt werden. Das ist auch ohne Verlängerung der Arbeitszeit möglich. Die vorhandenen technischen Produktionsmittel müssen auf das Ziel grösstmöglicher Warenausbringung eingestellt werden. Das gelingt heute nicht. Es kann nur gelingen in einer Wirtschaft, die das Zusammensein gehörige zusammenfaßt, die planmäßig das Ziel verfolgt, den Bedarf des Volkes auch auf Kosten der einzelnen Fragen übergehen werden wird.

Insbesondere wird bewußt, daß trotz des schweren Tonnes der Rolle die deutschen Vorberichtungen für die Konferenz in Genua keine Unterredungen etablieren, sondern man nach wie vor gewillt ist, an der Konferenz in Genua teilzunehmen. Für die sozialdemokratische Fraktion spricht, wie bereits gemeldet, George Stampfer. Seine Rede wird zu Beginn eine Vermauerung gegen den Ton der Note enthalten, dann auf die Frage der Eröffnungspolitik eingehen. Im übrigen wird Stampfer zeigen, daß die Reparationskommission in mancher Hinsicht ihre Befugnisse überschreitet hat. Gleichzeitig wird aber zum Ausdruck gebracht werden, daß wenigstens soweit die Sozialdemokratie in Frage kommt, man jederzeit bereit ist, ins einzelne gehende Vorschläge der Reparationskommission, die sich auf die Steuern beziehen, zu prüfen.

Die Frage der Gewerkschaften wird auch unter Einschluß der Gewerkschaften, wie überhaupt des vorläufigen Mandatssatzes nicht für abgeschlossen gehalten. Unterstellt wir unser Fraktionsredner dorauf hinzuweisen, daß das, was die Reparationskommission von uns fordert, nicht an den oben genannten Normen bzw. Praktiken in sich selbst besteht. Das Schlußwort richtet sich an das Ausland, daß seine Art, wie es gegen Deutschland auftritt, nicht nur ein Verbrechen gegen Deutschland, sondern auch gegen die europäische Politik ist. Es ist zu erwarten, daß nach dem Reichstagssitz nicht, wie üblich, ein sozialdemokratischer Redner, sondern der Deutschenationale Herdt zu Wort kommt.

Aber trotz dieser Schwierigkeiten müssen wir den Bericht an einer organischen, planmäßigen geführten Sitzung machen. Wenn wir auf den Willen daheim hoffen, können wir sie erreichen.

Nun erhebt Salomon den Einwand, daß für eine solche Wirtschaft, das Proletariat die Verantwortung nicht tragen könne. Nicht einmal sämtliche Gewerkschaften hätten einen sozialwirtschaftlich geschulten Berater; in den schon heute vorhandenen Selbstverwaltungsförvern habe sich mengelnde wirtschaftliche Kenntnis der Arbeitnehmerver-

Revision des türkischen Friedens

Paris, 27. März. Die drei alliierten Außenminister sind bei ihren Verhandlungen über die Orientfragen zu folgender Verständigung gekommen: Sie wünschen, den Frieden zwischen der Türkei und Griechenland wieder herzustellen, ohne einer der Parteien Bedingungen aufzuzwingen, die ihnen als Niederlage oder Niederholz erscheinen könnten. Die Minister wünschen, die türkische Nation und die türkische Macht unter Bedingungen wieder herzustellen, die den Türken gestatten, unter Beibehaltung ihrer Hauptstadt Konstantinopel wieder ein unabhängiges nationales Staaten zu führen. Außerdem möchten sie, der griechischen Nation die Schadenshöhlung für die Opfer zu geben, die sie während des Krieges für die Sache der Alliierten auf sich genommen haben. Damit zufrieden zwischen den beiden Völkern gegenseitiges Vertrauen herstellt, hätten die drei Minister Sicherheitsmaßnahmen für die Minderheiten der Russen und der Griechen in Europa und Asien vorgesehen. In diesem Geiste wurde auch ein Baffenstillstandsvorschlag gemacht, in der Absicht, die friedliche Räumung Kleinasiens durchzuführen. Beide Operationen durchgeführt werden, wie die türkische Nation in Anatolien vom Mittelmeer bis zum Schwarzen Meer, von den Grenzen Anatoliens und Persiens bis zum Ägäischen Meer sichergestellt. In Europa werden Konstantinopel und ein breiter Streifen Ostanatoliens unter der türkischen Souveränität des Sultanats verbleiben. Die Territorien und die Minderheiten werden entmilitarisiert. Die alliierten Streitkräfte aus Griechenland und alliierten Militärinspektoren würden über die Aufrechterhaltung der Mahnmahmen wachten. Eine internationale Kommission werde mit der Zuständigung der Minderheiten betraut. Die Sorge für die Armenier wird dem Völkerbund übertragen. Die alliierten Minister erkennen an, daß die finanzielle Unabhängigkeit der Türkei in weitesten Kreisen gesichert werden müsse. Unter dem Vorbehalt gewisser Sicherheitsmaßnahmen für die wirtschaftlichen Interessen der Alliierten würde keine weitere Finanzkontrolle der Türkei stattfinden. Alle diese Vorschläge der Alliierten würden den in Frage kommenden Staaten übermittelt, die aufgefordert würden, innerhalb drei Wochen in eine noch näher zu bestimmende Stadt Vertreter zu entsenden.

Den Türken ist es gelungen, den Friedensvertrag von Sèvres, der ihnen ebenso aufgezwungen worden war, wie als der von Versailles, erheblich abzuändern. Sie verdanken das einmal ihrer günstigen Lage: militärisch sind sie in ihrem Küsten- und Inselgebiet wohl zu schlagen, aber nicht zu besiegen und zu unterwerfen gewesen, und wirtschaftlich sind sie ausserdem vom Ausland unabhängig, und Druckmittel, wie Bonkott und Blockade, können gegen sie nicht angewandt werden. Außerdem kam ihnen der englisch-französische Gegensatz in Mecklenburg außerordentlich zugute. Und die Unterstützung, die sie bei den Franzosen fanden, hat ihren Widerstand nicht nur moralisch gestärkt.

Leider kann Deutschland wieder auf das eine, noch auf das andre rechnen. Militärisch sind wir ohnedies, wirtschaftlich vom Ausland abhängig. Und wenn auch England uns helfen möchte, so war es bisher stets gewungen, uns beizuzugeben, um ein Entgegenkommen Frankreichs in den Orientfragen zu erzielen. Die Beendigung des türkisch-

Reichstag und Reparationsnote

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 28. März. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat heute vormittag 11 Uhr zusammen, um zu der Reparationsnote Stellung zu nehmen. Der Reichstagsältester wiederefforderte die Finanzkontrolle, die von der Reparationskommission gefordert wird, in seiner heutigen Rede als unmöglich bezeichneten, gleichzeitig auch darauf hinweisen, daß die Steuerovalagen in der geforderten Frist nicht einzubringen sind. Dem negativen Teil der Rede wird ein positiver Teil folgen, als sich der Kanzler zu Verhandlungen bereit erklärt. Gestern wurde, als es mitteilt wird, das in den folgenden Tagen der Reparationskommission ein ausführliches Memorandum auf alle einzelnen Fragen übergehen werden wird.

Insbesondere wird bewußt, daß trotz des schweren Tonnes der Rolle die deutschen Vorberichtungen für die Konferenz in Genua keine Unterredungen etablieren, sondern man nach wie vor gewillt ist, an der Konferenz in Genua teilzunehmen. Für die sozialdemokratische Fraktion spricht, wie bereits gemeldet, George Stampfer. Seine Rede wird zu Beginn eine Vermauerung gegen den Ton der Note enthalten, dann auf die Frage der Eröffnungspolitik eingehen. Im übrigen wird Stampfer zeigen, daß die Reparationskommission in mancher Hinsicht ihre Befugnisse überschreitet hat. Gleichzeitig wird aber zum Ausdruck gebracht werden, daß wenigstens soweit die Sozialdemokratie in Frage kommt, man jederzeit bereit ist, ins einzelne gehende Vorschläge der Reparationskommission, die sich auf die Steuern beziehen, zu prüfen.

Die Frage der Gewerkschaften wird auch unter Einschluß der Gewerkschaften, wie überhaupt des vorläufigen Mandatssatzes nicht für abgeschlossen gehalten. Unterstellt wir unser Fraktionsredner dorauf hinzuweisen, daß das, was die Reparationskommission von uns fordert, nicht an den oben genannten Normen bzw. Praktiken in sich selbst besteht. Das Schlußwort richtet sich an das Ausland, daß seine Art, wie es gegen Deutschland auftritt, nicht nur ein Verbrechen gegen Deutschland, sondern auch gegen die europäische Politik ist. Es ist zu erwarten, daß nach dem Reichstagssitz nicht, wie üblich, ein sozialdemokratischer Redner, sondern der Deutsche-Nationale Herdt zu Wort kommt.

Missukow in Berlin

Eigene Drahtmeldung

18. Berlin, 28. März. Der langjährige Völk. der russischen Arbeiterpartei und der erste Außenminister der ersten russischen Republik, Paul Missukow, ist heute in Berlin eingetroffen. Seit dem Sieg des Volksbewegung lebt er in Paris, von wo er noch immer großen Einfluss auf die russische Politik ausübt. Zwischen durch war er auch in Amerika. In Berlin wird Missukow einen Vortrag über seine Reise und seine Erfahrungen in Amerika halten.

Wie der Friede aussiehen sollte

Lloyd George hat als amtliches Dokument seine Denkschrift veröffentlicht, die er am 25. März 1919 der Friedenskonferenz vorgelegt hatte. Sie ist übertrieben: "Einige Erwägungen für die Friedenskonferenz vor der endgültigen Redaktion der Friedensbedingungen". Es heißt darin u. a.:

Der Friedensvertrag dürfe nicht wie der von Frankreich einen neuen Krieg in sich tragen, sondern er müsse einen ruhenden Frieden sichern, und die verschiedenen Rassen müssten so weit wie möglich ihrem Mutterland zugeführt werden. Die Zahlung der Entschädigungen müsse womöglich mit dem Verhinderen der Kriegsgeneration einhergehen. Die deutsche Regierung müsse beim Unterzeichnen des Friedensvertrages das Bewußtsein haben, daß sie die übernommene Verpflichtungen erfüllen könne. Sobald Deutschland die Friedensbedingungen angenommen habe, müßten ihm die Weltmächte auf der Grundlage der Gleichberechtigung geöffnet werden, und sein wirtschaftliches Wiederanfließen müsse mit allen möglichen Mitteln erleichtert werden. Das Dokument enthält weiter Verordnungen über die wirtschaftliche Gefahr und einen Hinweis auf die Notwendigkeit einer amerikanisch-englischen Bürgschaft für Frankreich, bis der Pöllerband bemessen hat, daß er innerhalb ih. den Frieden und die Freiheit der Welt aufrechterhalte.

Wenn man auch Deutschland seine Kolonien nimmt, seine Schenke auf die Stärke einer Polizeikuppe bringe und seine Macht zu einer fünfstelligen Zahl mache, werde Deutschland trotz allem dem, wenn es füllt, daß es im Frieden von 1919 unverändert behandelt werde. Mittel finden, um Bergung an seinen Befestigungen zu üben. Ungerechtigkeiten und Anmaßungen, welche in der Stunde des Triumphes, würden niemals vergeben und vergessen werden. Aus diesem Grunde sei er dagegen, daß mehr unter deutscher Herrschaft befindliche Deutsche der Herrschaft anderer Nationen unterstellt würden, als das unbedingt notwendig sei. Weiter heißt es: Wenn wir flug sind, so bieten wir Deutschland einen Frieden an, der zwar gerecht, den aber alle vernünftigen Leute der Alternative des Fölsche wünschen zu vorsehen. Ich werde daher in dem Frieden an die vorherige Stelle setzen, daß, wenn Deutschland einmal unter Verhandlungen einnimmt, wir Deutschland die Kolonien und die Macht der Welt öffnen unter den gleichen Bedingungen, wie wir sie haben, und alles tun, um dem deutschen Volke zu erhalten, wieder auf die Höhe zu bringen.

Wir wollen Deutschland nicht zum größten Teil zum Sklaven und gleichzeitig verlangen, daß es zahlt. Solich müssen wir Bedingungen ausstellen, von denen man erwarten kann, daß eine verantwortliche Regierung in Deutschland sie durchzuführen imstande ist.

Das britannische Daily Chronicle bezeichnet die Denkschrift Lloyd Georges als eine ideale Einleitung für die Konferenz von Genf. Die Denkschrift beweise, daß die Friedenspolitik des ersten Ministers folgerichtig war, und daß die Grundzüge für die Regelung, für die er jetzt wirke, dieselben seien, wie die, für die er vor drei Jahren eintrat. Nicht Lloyd George habe seine Ansicht ändern müssen, sondern das Land habe sich langsam zu seiner Ansicht bekehrt. Das Blatt hebt die Stelle hervor, wo Lloyd George erklärt, es sei zwecklos, Deutschland eine dauernde Rüstungsbeschränkung aufzuerlegen, wenn die Verbündeten nicht bereit seien, sich selbst die gleichen Rüstungsbeschränkungen aufzuerlegen.

Das Daily Chronicle weist auch darauf hin, daß Lloyd George in der Denkschrift bereits den Plan vorschlägt, den Sir Robert Horne ausgearbeitet hat und der die Verwendung eines Teiles der deutschen Zahlungen zur Liquidierung der Verbindlichkeiten betrifft.

Als Antwort auf die Veröffentlichung der englischen Denkschrift bringt das Echo nationale die drei Tage später erfolgte Erwidnung Clemenceaus. Clemenceau erklärte sich darin vollkommen einverstanden mit dem allgemeinen Ziele der von Lloyd George verfochtenen Rote, einen gerechten und dauerhaften Frieden abzuschließen, führt aber fort:

Wenn Deutschland gemäßigte Bedingungen gestellt werden sollen, soviel sein europäisches Gebiet in Frage käme, so wäre diese Methode nur zulässig, wenn der Krieg für Deutschland tatsächlich ein europäischer gewesen wäre. Deutschland sei aber vor dem Kriege eine große Weltmacht gewesen. Um Deutschland zu bestimmen, müsse man ihm Jenseitsländer kolonialer, mariner Art und Jenseitsländer aus dem Gebiete der Entwicklung Außenhandels anbieten. Die Rote vom 26. März spricht über viele territorialen Jenseitsländer in Europa. Wenn Lloyd George die Posturierung austreibt, daß nur dem Kaiserreich in die Karren gespielt werde, wenn Deutschland zu harte Bedingungen ersezt werden, so müsse man trotz mehr des Gegenteils befürchten. Die jungen Völker der neuen mitteleuropäischen Staaten hätten nur Kraft ihres nationalen Gefühls dem Bolschewismus bislang widerstanden, und man darf ihnen deshalb nicht unannehbare Grenzen zugunsten Deutschlands aufzwingen. Der zu lädiende Friede müsse Deutschland nach Lloyd Georges Forberung gerecht erscheinen.

Angesichts der deutschen Mentalität sei es nicht sicher, daß die Deutschen den Begriff Gerechtigkeit so ausschaffen wie die Alliierten. Dierjenigen altherren Länder, die am schwersten die Rote des Krieges getragen hätten, könnten nicht auch noch die Kosten des Friedens auf sich nehmen. Der Bolschewismus solle am besten in Vänden auf, die nationale Lösungen erledigen.

Mit dieser Taktik, sich grundsätzlich einverstanden zu erklaren, in einzelnen Punkten aber sich zu widersetzen, hoffen die Anhänger des Plan Lloyd Georges so "verbessert", daß nur noch eine Kultur davon übrig bleibt.

Wenn auch die wirtschaftliche Entwicklung dem englischen Ministerpräsidenten recht gegeben hat, so ist seine Haltung inzwischen so sehr geschwächtigt worden, daß es zweifelhaft ist, ob er seinen Standpunkt in Genf besser durchsetzen kann, als in Versailles.

Der Kampf um die Freiheit

Die Serie, in der sich die Unabhängige Partei schon längere Zeit befindet, läßt sich seit der letzten Abstimmung über das Vertrauensvotum der Regierung Wirth auch vor der Öffentlichkeit nicht mehr verheimlichen. Und wie zu erwarten war, ist der Kämpf innerhalb der U.S.P. verlost und das Aufeinanderprallen der Gegenseite beschleunigt worden durch die Vereinigung mit der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft.

Den äußersten Anlauf zu der öffentlichen Auseinandersetzung gab die bisherige Haltung der Berliner Freiheit, deren Redaktion zum rechten Flügel der Partei gehört. Auf das Vertrauensvotum der Parteinstanzen hat, wie die Welt am Montag erfuhr, die gesamte Redaktion ihre Abreiter der Pressekommission zur Verfügung gestellt. Falls es nicht gelingt, die Gemeinde noch einmal zu verkleistern, so dürfte der Kämpf

nicht nur auf die Nebenaktion der Freiheit beschränkt bleiben, sondern auch auf andre Blätter hin erster Linie auf die Leipziger Volkszeitung und auf die Partei übergreifen. Die Leipziger Volkszeitung spricht das offen aus:

Die Rücktrittsantrittigung der Redaktion unites Berliner Organs bedeutet, daß mindestens der Chefredakteur Dr. Hirschberg und die politischen Redakteure, die Genossen Dr. Herzog, Eugen Bräuer, Sabold und Leo Liebschitz, vielleicht auch die anderen Redakteure aus der Redaktion scheiden. Sie bedauern das ganz außerordentlich — bedauern, daß die Zentralinstanzen Abweichungen in löslichen Fragen durch ihren Beschluss zu angeblichen Verhältnissen gegen die Parteidisziplin schließen. Insbesondere gegen das Leipziger Blattwerk, genoßt haben. Wer die ausschließenden Genossen ersehen soll, ist uns unklar, das aber die Partei viel verlieren, wenn solche Kräfte nicht mehr am Berliner d. h. an dem in der Öffentlichkeit immer als das Neutralorgan der Partei betrachtete Blatte wirken, das brauchen wir nicht näher auszuführen. Die Wirkung des Rücktritts auf die Partei ist überhaupt noch nicht abzusehen.

Selbst die alte Zürcher gibt zu, daß der Kreis um Ölherding und Kautz die Theoretiker und die einzigen Journalisten seien, die U.S.P. besitzt. Geradezu töricht über ist die Weisheit und die Selbstverständlichkeit, zu denen das bisige Blatt der Unabhängigen durch die Vorgänge gelangt:

Der Konsult offenbart uns neue, daß in der Sache die Meinungen über unsre Taktik gereift sind. Diese Meinungsverschiedenheit hat ihren tiefsten Grund in der Unklarheit der ganzen Lage, die ein einheitliches und scharfes Urteil unmöglich macht.

Aber, wenn auch ein sicheres Urteil über die augenblicklich einzuschlagende Taktik unmöglich ist:

In solchen unablässigen Verhandlungen mag die Partei des kämpfenden Proletariats mit größter Verantwortlichkeit darauf hoffen, daß die Politik des entschiedenen Klassenkampfes nicht getröst wird. Das bleibt immer die Richtlinie.

Heute auf einmal gibt die Unabhängige Volkszeitung selbst zu, daß sie unter den augenblicklichen Verhältnissen ein sicheres Urteil über die einzuschlagende Taktik füllen kann. Daß man zum mindesten alle darüber freien kann, welcher Weg der richtig ist. Wie reina sich das mit ihrem sonstigen Verhalten zusammen, jeden, der über die einzuschlagende Taktik anderer Meinung ist, mit Schnauze zu bewerfen und mit Verzähner der Arbeiterschaft oder ähnlichem Thiel zu beschimpfen?

Sie glauben allerdings geru, daß ein sicheres Urteil für die Unabhängigen unmöglich ist, solange sie nämlich weiterhin und her schwanken zwischen der Einsicht, daß die sozialistische Arbeiterschaft an dem Aufbau des neuen republikanischen Staates praktisch mitarbeiten muß, und der Einsichtsgefahr, die mit fernstehender Instanzziel will auf alle gegenwärtigen Erfolge und Nachstellungen verzichtet, und um keinen Preis ihre zwar sehr bequeme, aber auf die Dauer fruchtlose und die Arbeiterschaft schwächende Oppositionsstellung verlassen will.

Der unzufriedene Maurenbrecher

Das kommunistische Vorbild

Wie sich links immer wieder neue Gruppen und Gruppchen auftun, die noch radikal sein wollen als die schon vorhandenen, so gibt es auch rechts Leute, die möglichst ihre deutschnationalen oder altdutschen Gesinnungsgenossen durch ihren Radikalismus übertriften wollen.

So ist auch der ehemalige Sozialdemokrat und Pastor und jetzige Chefredakteur der Deutschen Zeitung, Maurenbrecher, mit der Deutschen Nationalen Partei sehr wenig zufrieden. Sie habe, so führt er aus, das Gebot der Einheit nicht erfüllt, und als die letzte Rolle der Reparationskommission eingetroffen war, nicht genug und stark gemacht. Die Deutschen Nationalen hätten es sogar fertiggebracht, in der Reichstagssitzung vom 2. März, am 125. Geburtstage des hochseligen Kaisers Wilhelm, friedlich mit den andern über Zündholzchen, Glühlampen- und Mineralfässer steuer zu beraten. Als Vorbild stellt Maurenbrecher keinen Deutschen Nationalen die Kommunisten hin. Der Kommunist durchschnittlichen Ausmaßes hätte den richtigen Weg gefunden. Was schade es in solcher Stunde, wenn ein Abgeordneter zur Ordnung gerufen werde. "Man schreit eben, daß die Nation einen hören muß, man läßt sich zur Not überreden aus dem Saale werfern und hat eben damit in der Nation das Spiel gewonnen."

Also Herr Maurenbrecher wirkt keinen deutschnationalen Parteigenossen vor, daß sie nicht nach kommunistischem Muster im Reichstage stark gemacht und ähnliche Rülpzungen aufgeführt haben, wie das die Herren Kommunisten zuweilen tun. Die Geistesverwandtschaft zwischen den wirklich Gangsterdämonen und den echten Radikalen rechts ist doch recht groß. Mag Kommunisten und Deutschnationalen auch sonst vieles nennen, die Freude an Geschrei, Krach und Radau ist hier wie dort offenbar gleich groß.

Was Maurenbrecher führt fort, den rosenden Hörer zu spielen, Kürschler steht er in die Mörzitkompe:

Noch ist es Zeit! ... Von der Regierung Wirth ist nichts zu erwarten. Sie wird bald ablehnen, bald zugesagen; die Entscheidungskommission wird sie vor ein Ultimatum stellen; und dann wird sie uns fallen. Dann ist Ultimatum erfüllt da ist ja es für eine Volksbewegung zu spät!

Zu früh gehandelt werden, eher heute als morgen.

Zu müssen die Massen in Fluss kommen! Ich müssen die Kartellvereine und nationale Verbände Massenversammlungen für kommenden Sonntag anstreben. Jetzt muß innerhalb acht Tagen eine Bewegung durchs Land gehen, wie eins, als die Auslieferung deutscher Offiziere und Soldaten gefordert wird. Jetzt muß die Provinz sich erheben und über den Kopf aller Berliner Badeanstalten hinweg aus allen Provinzen heraus eine gewaltige Welle emporkriegen. Die Parteien werden schon folgen, wenn sie sehen, daß es den Wählern ernst ist.

Der Maurenbrecher, der hier so ungeheuren Mut vorträgt, sollte sich ein vornehmes Beispiel an seinem pastorenschen Berufskollegen und Mitenegoten Krause nehmen. Der hat auch einst in der Presse furchtbare Tonarten angesetzt. Als dann aber das Opernpalast-Theater in Berlin ging, ließ er nach dem Zeugnis seiner eigenen Freunde wie ein verängstigtes Huhn in der Reichskanzlei umher. So könnte es am Ende dem beldischen Maurenbrecher auch erachen...

Eine deutsche Industrieausstellung in Westau

Berlin, 27. März. Wie die Telegraphen-Union erfuhr, wird in den nächsten Tagen in Berlin eine Kommission aus Böslau eintriften, um über eine in Böslau zu veranstaltende deutsche Industrieausstellung zu verhandeln.

Wirth und Bobina wiedergewählt

Paris, 27. März. Für die vom Staatsrat für ungültig erklärten Mandate der beiden Schwarmee-Marken Wirth und Bobina fanden gewählt in den Wiedergewählten Chambre und Senat Neuwahlen statt. Wirth und Bobina wurden wieder gewählt: Wirth erhält in Chambre 448 Stimmen, der Kandidat des Nationalblatts nur 175 Stimmen. Im Abgeordnetenhaus Bobina wurde Bobina mit 987 Stimmen wiedergewählt, während sein Gegenkandidat 728 nach einer andern Wahlung sogar nur 690 Stimmen erhält. In einem dritten Wahlgang, in dem die Kommunisten ihre Parteigängerin Marie Bigot als Kandidatin aufgestellt hatten, kam eine Wahl nicht zustande, da von keinem Kandidaten die erforderliche Stimmenzahl erreicht wurde. Die meisten Stimmen erhält der Kandidat des republikanischen Blatts, nach ihm die Radikalen, dann die Kommunisten, die Demokraten und schließlich die unabhängigen Sozialisten.

Parteianangelegenheiten

Sozialdemokratischer Lehrtag

Ein sozialdemokratischer Lehrtag, ein Lehrtag der Sozialdemokratie, sozialdemokratischer Lehrtag und Lehrtag der Sozialdemokratie findet während der Osterzeit in Hamburg statt. Die Tagung soll sich mit den dringendsten Gewerkschaftsaufgaben des sozialistischen Lehrers und der sozialdemokratischen Schulpolitik beschäftigen. Auf einem Begrüßungsevent des Hamburger Parteivorstandes am 15. April folgen am 1. Osterfeiertag zwei Referate über eines der Kernprobleme unserer gegenwärtigen Schulpolitik: Elternrecht und Schulsozialismus. Redner: Sozialdemokrat Heinrich Kestner, Aliena, und Professor Schulz-Gies. Der Lehrtag wird unter dem Thema: Wir Lehrer in der Partei und Bildungsaufgaben des sozialdemokratischen Lehrers gewidmet unter dem Thema: Wir Lehrer in der Partei. Hierzu seien vom Standpunkt des Großindustriellen aus Heinrich Sonnenmann (Hütten-Brand), Ermeling, und vom Standpunkt des Landesbeamten aus Heinrich Jobst, Sozialer Lehrer und Sozialpädagoge zur Tagung eingeladen. Beide werden die Hamburger Parteigemeinden für alle Teilnehmer zur Verfügung gestellt.

Deutsches Reich

Der neue Reichsernährungsminister

Aus München wird gemeldet: Hochschulprofessor Dr. Dr. hat den Posten des Reichsernährungsministers, der ihm angeboten wurde, angenommen.

Kartoffelausfuhr nach Österreich

Zu den Meldungen über die Bewilligung hoher Ausfuhrzulassungen von Kartoffeln, namentlich nach Österreich, wird der Börsenzeitung aus dem Reichsernährungsministerium mitgeteilt, daß in diesem Jahre Ausfuhrkontingente in Höhe von 10.000 Tonnen für Tirol und 300 Tonnen für das österreichische Steiermark bewilligt wurden. Neben politischen Gründen waren für die Ausfuhrerlaubnis Gründe finanzieller Natur wahrgenommen.

Der 9. Deutsche Zeitungstag wurde am Montag in Berlin mit einer Ansprache des Vorsitzenden des Deutschen Kaufmannsverbandes, Senator Dümpten, eröffnet, der insbesondere die jährlich erscheinenden Berichte der Reichsbüroden beglückte, so unter anderem den Reichsstaat, das Reichsverkehrs-, Arbeits- und Postministerium. Dazu schickte der Generalsekretär des Norddeutschen Lloyd, Stimming, die Loge der Seeschiffer. Es seien bisher 250 Schiffe mit 1.05 Millionen Tonnen Tonnen ausfahrtswert wieder hergestellt worden. Von Bau befinden sich 250 Schiffe mit 1.25 Millionen Tonnen Tragfähigkeit. Die Einschätzung des Reiches habe sich auf 12 Milliarden belassen. Im Mai 1921 sei die Wiederaufbauprogramm auf 16 Milliarden gesetzt worden. Damals habe der Preis für eine Tonne Schiffsschot 2000 Pf. jezt aber steht er für 3500 Pf. und die Rechnung einer sprunghaften Steigerung befürchtet werden. Diese Angaben ermittelten ein Bild der Schwierigkeit, die der deutschen Schifffahrt bei ihrem Wiederaufbau entgegenstehen. Dazu führen die vielfachen Hemmungen, die die durch Maßnahmen des Auslands erzielbaren Vorteile gäben die Reedereiverbände die Hoffnung nicht auf, in fruchtbaren Zusammenarbeiten mit der Arbeiterschaft wieder zu erclaren.

Letzte lokale Nachrichten

(N.) Rentenanprüche, Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Kriegsteilnehmer, Kriegerleitern und Kriegerfrauen, die Anspruch auf Renten gelind zu machen haben, sollen dies sofort erledigen und Antrag stellen, da laut Reichsverförfungsgesetz die Frist am 31. März abläuft.

Der Dollar 338

	28. 3.	28. 3.	27. 3.	27. 3.
	Geb.	Geb.	Geb.	Geb.
Holland	100 Gulden	12887,1	12862,8	12782,8
Dänemark	100 Kronen	712,56	7127,15	7167,80
Edimburg	100 Kronen	8821,15	8888,85	8848,26
Norwegen	100 Kronen	6008,95	6016,05	6018,95
Delsingens	100 Mark	684,30	685,70	685,80
Schweden	100 Kronen	6785,40	6501,60	6588,40
Wien (Deutschöster. abgelt.)	100 Kronen	4,48	4,48	4,48
Prag	100 Kronen	618,95	614,05	606,65
Budapest	100 Kronen	87,65	87,64	87,54
Spanien	100 Pesetas	5219,76	5280,25	5264,70
Brüssel-Antwerpen	100 Franc	2817,15	2822,85	2837,15
Italien	100 Lire	1890,80	1694,20	1720,75
London	1 Pf. Sterling	1478,50	1481,00	1488,50
Rheinb.	1 Dollar	588,96	880,	

Die Polizei, der Papoz für die großen Kinder

Zus Polizeibeamtenkreisen wird uns geschildert: Die siedlungsreichen Dresdner Richtungen entrollen am 21. März, sogar an leitender Stelle, folgendes „Zutunfisbild“: Durch die Strafen wählt sich eine schwedende, lobende Menge, schwungvoll zieht und läuft, hört und läuft, nachdrücklich von den Schlag- und Hefwörtern unzufriedener führen, die in ihrer Mitte aber in den hinteren Regionen des Kreises, fragwürdig aufzutragen sind, die kleine Wit der Demokratie aufzutragen. Vor den verschlossenen Schanzen der Gesetze, den Eingängen der Hotels und Gastwirtschaften stauen sich einzelne Gruppen. Vermeiden kommen mit Arten, Spaten, gelben gegen die Schuhverwüstungen; schon flüchten die Scheiben, indem sie nicht den Gaukler am Telefon und dringt in den Vorsteher des Polizeireviers um Hilfe. Polizeikräfte seien unterwegs, mügeln schon dort sein. — Polizeikräfte? Ein Detachement, eine Abteilung, eine Hundertschaft? — Nein, einzelne Polizisten, es gäbe ja keine geschlossenen Verbände mehr! — Woran die „einzigen“ tatsächlich seien? — Sie tragen hellgrau Sportanzüge, manche auch braune, die jenen überhaupt nicht so hine weiteres erfassen. — Die Bewaffnung? Pistolen und Kurze Zeitschriften? — Du lieber Gott, was sollen denn diese Leute einer nach Hunderten wütenden, wütenden Masse gegenüber? — Sie sollen beruhigend und ruhend einwirken. Im übrigen entspreche alles den neuen Polizeivorschriften, die im Einvernehmen mit der obersten Kontrollbehörde der Untereinheit seit dem 1. April 1922 in Kraft waren.

Es ist kaum anzunehmen, daß der Artikel eine Redaktionsschweige in der Marienstraße ist, denn das in den folgenden Spalten enthaltene läßt auf eine so gute Kenntnis der Dinge schließen, daß man den Verfasser in anderen Kreisen suchen muß. Deshalb sollte es gar nicht überraschen, wenn als verantwortlich für den Artikel Polizeimajor X oder Polizeiorber Y geladen würden, die sich bemühen, ihren bürgerlichen Leuten das Grausen vor der Polizei zu gründlich wie nur irgend möglich beizubringen. Es ist bezeichnend für die Auffassung des Verfassers, daß die durch die Strafen sich wälzende Menge ausgerechnet rote Fahnen gewinnt. Das heißt, es ist in Berlin am 12. März, anlässlich der Gründung des Reichskomitees, halbwüchsige Bürschens mit Fahnen der ehemaligen Kaiserreichs lärmend und standeswidrig durch die Straßen zogen, vertrieben von jedem. Bezeichnend ist auch die Wendung von den Schlag- und Hefwörtern unzufriedener führen. Man fühlt sich ohne weiteres veranlaßt, an den immer noch nicht aufgelösten Erzberger-Mord zu denken.

Dem Verfasser ist aufzuhören auch die Bekleidung der Regierung, die Felduniform in eine für den Dienst zweckmäßige Polizeiform umzuwandeln, erg in die Rose gesacken, Zugegeben werden muß, daß sich die alliierte Kommission wohl etwas unter mit der Polizei beschäftigt. Aber Hand aufs Herz, Herr Polizeiappellführer — haben Sie und Ihre Umgebung nicht immer erst die Bezeichnung dazu geben? Unrichtig ist auch die Behauptung, daß die Vertreter der Übereinkommungskommission die Lebensmittelpolitik bei jeder Gelegenheit befürwortet, dann sie beanstandet auf den rein militärischen Aufzug. Wo der Herr seine Erfahrungen hat, das ist in zweiter Farben gekleidete Polizeiausmaßnahmen in ernster Situation unverzweigbar sein werde, wird wohl auf wenig sein. Geheimnis bleibt. Die Regierung möchte sich nach unten Differenzen aber entschieden verbünden, doch Beamte, die sich bei ihr in leichten Stellung befinden, ihre Maßnahmen und Vorfällungen in einer Form, wie es in dem Artikel geschieht, kritisieren.

Außerordentlich interessant ist es, festzustellen zu können, daß dieser Artikel nur ein Glied in der Kette der bisherigen Veröffentlichungen des Polizeiorganismus darstellt, die ihre Ausprägung im Hauptausschuss des Reichstages erhebliche Verdächtigungen sondern. Der Verfasser scheint aber immer noch nicht genugtun zu können, denn sonst müßte er wissen, daß der südliche Reichstagsabgeordnete Schleier bei seiner Reichstagsfraktion ganz entschieden Einspruch gegen die in Berlin behaupteten Unrechts- und Gewalttaten der polizeilichen Verwaltung erhoben hat.

Daß dem Herren die Koalitionsfreiheit der Polizeibeamten wieder ein Dorn im Auge ist, überzeugt uns bei der Sichtung dieser Reihe in keiner Weise. Nur eine Frage: Die Ausschaltung unheilvolle parteipolitischer Einflüsse denkt sich der Herr Verfasser wohl ebenfalls gegen hin? Wahrscheinlich ist er dabei der Meinung, daß deutschnationale Einsätze heilig sind.

Wenn im Schlusshof gesagt wird, daß sich die Erfüllungspolitiker in Regierungskreisen noch einmal an den Kopf greifen würden, so scheint uns dies sehr einleuchtend; denn hätten sie früher nur erkannt, welche Nekrosen sie mit der Einstellung von Leuten vom Schlosse des Verfassers aufnahmen, würden sie es wohl nicht getan haben. Sie werden sich aber wohl auch schon deshalb an den Kopf greifen müssen, weil angegeben werden muß, daß es unheilvoll war, eine alte, bewährte Institution aufzugeben und sich Sozialreformen einzuführen.

Und noch eine Frage, verehrter Herr Beauftragter! Sollen wir uns vielleicht einmal nach einer Stelle für Sie beim Film umsehen? Sie könnten dort Ihre militärischen Eigenheiten bei Aufnahmen von Filmen wie „Fredericus Rex“ unglücklicherweise sehr gut verwenden. Wir können uns vorstellen, daß Sie dabei im Jänner — den aufzuziehen, Sie ja schon vor einiger Zeit vorhanden — eine mindestens ebenso gute Figur machen wie im Polizei-Zirkus.

Hüttenheimat

Eine Komedie aus dem Berggebirge von Gustav Leutelt Nun vermochte auch die Liebe nicht mehr, seine Steine niederzulämmen. Die Mutter schrieb ja, daß jenes Feilen der Glassäge den Rumpf der Blätte herbeiführte, und er hatte trübheitserinnerungen weinten vor der Verantworten. Tüngelmauer erblichen endgültig über ihrem Fall, und sein ganzes bisheriges Leben ward gleichsam ein einziger, ununterbrochener Vorwurf. Es war wirtlich notwendig, daß ich ihm das Bild der Geliebten in seiner Herzengang nicht immer wieder hörte. Es zwang die Seele nicht, aber es holt zu ihrem Berrichten zwischen den Stunden des Tages und den Ewigkeiten der Nächte. Ganz aber wollte die Blut und der Vorwurf doch nicht verloren und war noch lange nachher in die schönsten Augenblicke ihrer Schamspfeile.

Bei dem Ende dieser Zerrissenheit traf ihn eine neue Erinnerung.

Der stillen Genosse hatte eine Tat getan und sich von den Bekennern der Kirche gelöst. Ob ihn innere Überzeugung dazu geführt, konnte Karl vorerst nicht beurteilen; aber gelegentliche Reueausbrüche machten es fast gewiß, daß er durch diesen Schritt auch seinen guten Ruf bei den Bevölkerungen wieder herstellen gewollt.

Und heute hatte er endlich gewagt, es dem Weibe zu sagen. Von der bislang kinderlosen waren ihm nahende Hüttenfreuden gestanden worden, und da hatte er geglaubt, Vertrauen gegen Vertrauen tauschen zu können. Er war wohl der Meinung gewesen, in der Aufführung des fröhlichen Schändnisses leichter über diese Klippe hinwegzukommen; aber er sah sich getäuscht. Die strenggläubige Holzhölzlin war außer sich geraten, weil sie wußte, ihr Mann sei nun ewig verdammmt. Wie eine eiserne Prophetin hatte sie sich vor ihm aufgerichtet und ihn mit Worten der Verweisung beschworen, doch ist die Gottheit der Kirche zurückzuführen. Und da er sie stärker abgewiesen, als er eigentlich gewollt, war sie ganz niedergeschlagen.

Karl sollte helfen und vermochte es nicht. Die Frau jeden Zuspruch ein behörliches, trübseliges Schweigen entgegen, dem nicht beizukommen war. Am erschütterndsten aber schien, daß sie, der die Kirche bisher der liebste

Sächsische Angelegenheiten

Wieder eine Milchpreiserhöhung

Die Preiskommission des Milchwirtschaftlichen Landesverbands hat in ihrer am 24. März in Dresden abgehaltenen Sitzung beschlossen, den nach den üblichen Richtlinien errechneten Milchgrundpreis für den Monat April 1922 um 10 Prozent zu erhöhen. Die Preise für einen Liter Vollmilch sind dementsprechend für den Monat April 1922 für den ganzen Freistaat Sachsen wie folgt festgesetzt worden: bei Lieferung sauber gewonnener, gut gereinigter und gefüllter Vollmilch ab Stall 4,30 Pf.; frei Verladestation bzw. Abgangstation, Molkerei oder Sammelstelle 4,50 Pf.; bei Lieferung von Milch, die erst in der Sammelstelle gefüllt wird, frei Sammelstelle 4,40 Pf.; bei von einer Landesmolkerei erfolgten Lieferung Molkereimäßig behandelter, in einwandfreier Beschaffenheit und mit vorgeschrivenem Fettgehalt eintreffender Vollmilch frei Abgangstation 5,40 Pf. Die Kleinverkaufspreise des Milchhandels ab Laden ergeben sich aus dem Verhältnispreis frei Stadt zugleich einer Handelsspanne von 25 Prozent, in Städten mit weniger als 100.000 Einwohnern, von 33,75 Prozent in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern. Die Kleinverkaufspreise der Landwirte sind in den Städten die gleichen wie die des Milchhandels. Anders laufende Preise oder Preisberechnungen haben nur Gültigkeit, soweit sie vom L. R. genehmigt und in dessen Rahmen bekanntgegeben werden. Nach dieser neuen Preissteigerung werden Kinder und Kronen aus den Kreisen der Minderbenützten das zu ihrer Ernährung und Kräftigung außerordentlich wichtige Nahrungsmittel noch seltener als bisher zu sehen bekommen; dafür stehen aber die Mindererzüchter und sonstigen Unternehmern an hohen Preisen immer höhere Profite in ihrem Ventel.

Die Berechnung der gesetzlichen Miete

Das Landeswohnungsamt erklärt es zur Durchführung des Reichsmietengesetzes, das spätestens am 1. Juli 1922 in Kraft treten soll, für notwendig, daß an diesem Tage allenfalls klarheit über die Höhe der gesetzlichen Miete bestellt. Es kommt, so heißt es in der Bekanntmachung, zunächst vor allem die Feststellung des Abzuges in Frage, der nach § 2 Abs. 1 des Reichsmietengesetzes von der „Friedensmiete“ zu machen ist, um die „Grundmiete“ zu errechnen, § 2 Abs. 1 des Reichsmietengesetzes bestimmt:

Bei Berechnung der gesetzlichen Miete ist von dem Mietzins auszugehen, der für die mit dem 1. Januar 1914 beginnende Mietzeit vereinbart war (Friedensmiete). Der in der Friedensmiete für Betriebs- und Zustandegungskosten enthaltene Betrag ist abzurechnen. Das gleiche gilt für Vergütungen, die in der Friedensmiete für die Heizstoffe für Sammelheizung oder Warmwasserförderung enthalten sind. Die obere Landesbehörde hat für die abzurechnenden Beträge Runderfälle der Friedensmiete festzulegen. Der Abzug nach Abzug dieser Runderfälle ergebende Betrag bildet die Grundmiete.

Sämtliche Gemeindebehörden haben alsbald festzustellen, wieviel vom Hundert der in der Gemeinde im dritten Vierteljahr 1914 geltenden Miete als durchschnittlicher Aufwand für Betriebs- und Zustandegungskosten, wieviel als durchschnittliche Vergütung für die Heizstoffe der Sammelheizung und Warmwasserförderung zu rechnen ist. Wenn für verschiedene Ortsteile auffällige Unterschiede vorliegen, so kann die Heizung für sie gesondert erfolgen. Vor der Festlegung sind Vertreter der Mieter und Vermieter zu hören.

Die Gemeindevertände haben die Vorschläge über den abzurechnenden Hunderttag bis zum 10. April den Antrag in Städten mit Rebildeter Städteordnung haben überzustimmen, bis zum 30. April den Kreishauptmannschaften die Vorschläge vorzulegen, die sie mit gutachtlchen Ausprägungen bis zum 30. April dem Ministerium des Innern — Landeswohnungsamt — einzureichen haben.

Unerkennung neuer Feiertage

Die Sonntagszeitung am kommenden Donnerstag wird sich u. a. auch mit der Vorlage Nr. 92, betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Anerkennung neuer Feiertage, in zweiter Lesung beschäftigen. Es handelt sich um die Erklärung des 9. November und des 1. Mai zu gesetzlichen Feiertagen. Von den vom Präsidenten ernannten Berichterstattern beantragt der erste, der deutsch-

Ausschank gewesen, diese nun ganz mit. Hüllt nun das einfache Volk in einem Grade mitbedeutig an der Tat des Gatten und bißt sich daher für unverständlich, ins Haus des Gatten treten zu dürfen? Nehm sie vielleicht als einen Stöckel, daß es ihr nicht gelungen war, den Mann zurückzuführen, oder schenkt sie nur die Worte der Priester und jene der gläubigen Gemeinde, in denen sie Borrwürfe zu lesen suchte? Wer konnte in die Seele des Weibes dringen, nachdem es die einmal verschlossen hatte? Als einziger Weg nach der Pforte führte ja der Entschluß des Gatten zum Austritt in die Kirche und der — wurde nicht begangen.

Karl stünde, wie dieser aufgejagte, unglückliche Mensch selbst vor dem Borrwurfs mit der Gattin nicht zurück, um dem Borrwurfs mit der Gattin nicht zurückzufügen. Aber freilich, wer an sein Eintreten für die deutschen Arbeiter gegen die Meute der Genossen dachte, begriff das wohl.

Dem Manne war das Urteil der Männernden durchaus nicht gleichgültig gewesen. Dieses halbe Zählein der Geringfügigkeit, das seiner Rede stets entgegenkam, die Blüte, mit denen seine Umgebung sich über ihn verteidigte, und das immer gesellschaftlicher werdende Dianastellen seiner Person aus dem Kreise des Vertrauens ließen ihn nicht mehr zur Ruhe kommen.

Auch war es noch nicht viele Jahre her, daß die ersten Gehversuche der Arbeiterklasse auch die Kirche auf den Plan getragen hatten. Alle wollten sich die neu hervorbrechende Machtquelle dienstbar machen und entstanden mehr oder minder verhüllte Sendboten zu ihr. Gede der christlichen Konfessionen war bemüht, sich so hinzustellen, als ob zu ihrer reinen Verwirklichung ein Zusammensein des Menschen ohne Einigkeitseinheit notwendig sei, und wiesch zeigten sich auch bereits Ansätze zu einem religiösen Sozialismus. Aber auch die Atheisten fanden und wollen die Deute erst wahrhaft freimachen, ohne daß sie die Vergeltung eines drohenden Gottes mehr zu fürchten hätten. Ein hohes Idealziel meinten sie, sei bereit für alle Edelmenschen, die ihnen nachziehen wollten.

Die Menge der Arbeiter aber sah noch den Augen ihrer Führer, und diese Herren glaubten recht zu tun und einen Mittelweg einzuschlagen, wenn sie der Konfessionslosigkeit das Wort redeten. Eine gewisse religiöse Gleichgültigkeit der Arbeiter, die sich weder von den alten Überlieferungen

noch von der Geschäftswelt abzulehnen, während unter Genossen Bartho als zweiter Berichterstatter die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs nach der Vorlage beantragt. Wie wir schon früher mitteilten, will die Fraktion der Deutschen Nationalen, wenn das Gesetz angenommen wird, Vollsentscheidung einfordern. Auf bürgerlicher Seite wird vermutet, daß noch eine dritte Lesung der Vorlage beantragt werden würde, was eine nochmalige Verabsiedlung der endgültigen Entscheidung zur Folge hätte.

Das Schulbedarfsgesetz im Rechtsausschuß

Die Beratung des Schulbedarfsgesetzes im Rechtsausschuß wie von der Tagesordnung der Sonntagsitzung abgesetzt werden, weil der Finanzminister am Freitagvormittag verhindert war, alle bisher gefassten Beschlüsse über eine stark finanzielle Auswirkung haben, so daß eine Weiterberatung ohne Kenntnis dieser finanziellen Wirkungen nicht zweckmäßig erschien. Die Behandlung der Frage wurde daher bis zur Anwesenheit des Ministers verhoben. — Im Hinblick darauf, daß das neue Schulbedarfsgesetz bis zum 1. April nicht verabschiedet werden kann, soll in der Donnerstagsitzung ein Antrag dahingehend gestellt werden, die Schüler nach dem bestehenden Schulbedarfsgesetz weiterzulernen.

Die Eingemeindung der Rittergüter und das Reich

Die Deutschen Nationalen haben mit allen Mitteln versucht, in Sachsen das Gesetz über die Eingemeindung der Rittergüter zu sabotieren. Sie fanden dabei Unterstützung bei den Deutschen Nationalen. Der Berichterstatter, Herr Bünger, hat noch keine Zeit gefunden, seinen Bericht fertigzustellen. Damit begnügten sich aber die Deutschen Nationalen nicht. Sie fragten im Reichstag an, ob die Reichsregierung wegen Verletzung des Artikels 153 der Reichsverfassung den Staatsgerichtshof anrufen wolle. Darauf hat der Vertreter der Reichsregierung nun mehr geantwortet, daß bei der Rüge der Deutschen Nationalen keine Antwort gegeben werden kann, daß die Reichsregierung aber in eine Prüfung der Angelegenheit eingreift.

Die Döbelner Stadtverordnetenwahl

Die Stadtverordnetenwahl in Döbeln, die wegen der am 1. April erfolgenden Eingemeindung von drei Vororten bis zum vorigen Sonntag verschoben worden war, hat den bürgerlichen Parteien eine schwache Mehrheit gebracht. Es erhielten die Kommunisten 4, die U. Z. B. D. 2, die S. B. D. 9, die bürgerliche Einheitsliste 9, Hausbesitzer 4, Beante 4, Sige, Kriegsabgabträger einen Sitz, so daß, wenn der Kriegsabgabträger der Linken gezählt wird, den 17 bürgerlichen Mandaten 16 sozialistische gegenüberstehen. Bei der Wahl im Jahre 1919 wurden in der Stadt Döbeln ohne die eingemeindeten Vororte 16 Sozialisten und 14 Bürgerliche gewählt. Unsre Fraktion hält 4 Sitze ein, die Unabhängigen verloren einen Sitz, während die Kommunisten mit 4 Vertretern neu in das Stadtparlament einzischen.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Die Landesgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei in Sachsen hat laut Beschluß des Landesvorstandes nach Dresden verlegt worden und definiert sich von Wittstock an Barfüßstrasse 21. — Um das 30 Millionen Mark betragende Defizit der Straßenbahn zu decken, will der Rat der Stadt Leipzig den Preis für die einfache Fahrt von 2 Pf. auf 2,50 Pf. für Umsteigefahrten von 3 Pf. auf 3,50 Pf. erhöhen. Auch eine bedeutende Erhöhung der Gas-, Strom- und Wasserpreise steht bevor.

Stadt-Chronik

Die Zeitung

In der Frankfurter Zeitung finden wir folgende Berichtung:

Wunderbar ist die Leistung, mit der die Preise auf ihrer Höhe beibehalten werden. Wunderbar sind die Waren steigen jährend zu den Werten, einige aber sinken und blieben vom Schwund erfaßt zurück. So die Warte Zeitung. Wenn der Wehrer, der Schuhmacher, sogar der Friseur ihren Kunden die auffallenden Steigerungen mit kolossaliger Größe in die Höhe stellten. Indessen gibt es doch Unterschiede. Manche Waren steigen jährend zu den Werten, einige aber sinken und blieben vom Schwund erfaßt zurück. So die Warte Zeitung. Wenn der Wehrer, der Schuhmacher, sogar der Friseur ihren Kunden die auffallenden Steigerungen mit kolossaliger Größe in die Höhe stellten. Indessen gibt es doch Unterschiede. Manche Waren steigen jährend zu den Werten, einige aber sinken und blieben vom Schwund erfaßt zurück. So die Warte Zeitung. Wenn der Wehrer, der Schuhmacher, sogar der Friseur ihren Kunden die auffallenden Steigerungen mit kolossaliger Größe in die Höhe stellten. Indessen gibt es doch Unterschiede. Manche Waren steigen jährend zu den Werten, einige aber sinken und blieben vom Schwund erfaßt zurück. So die Warte Zeitung. Wenn der Wehrer, der Schuhmacher, sogar der Friseur ihren Kunden die auffallenden Steigerungen mit kolossaliger Größe in die Höhe stellten. Indessen gibt es doch Unterschiede. Manche Waren steigen jährend zu den Werten, einige aber sinken und blieben vom Schwund erfaßt zurück. So die Warte Zeitung. Wenn der Wehrer, der Schuhmacher, sogar der Friseur ihren Kunden die auffallenden Steigerungen mit kolossaliger Größe in die Höhe stellten. Indessen gibt es doch Unterschiede. Manche Waren steigen jährend zu den Werten, einige aber sinken und blieben vom Schwund erfaßt zurück. So die Warte Zeitung. Wenn der Wehrer, der Schuhmacher, sogar der Friseur ihren Kunden die auffallenden Steigerungen mit kolossaliger Größe in die Höhe stellten. Indessen gibt es doch Unterschiede. Manche Waren steigen jährend zu den Werten, einige aber sinken und blieben vom Schwund erfaßt zurück. So die Warte Zeitung. Wenn der Wehrer, der Schuhmacher, sogar der Friseur ihren Kunden die auffallenden Steigerungen mit kolossaliger Größe in die Höhe stellten. Indessen gibt es doch Unterschiede. Manche Waren steigen jährend zu den Werten, einige aber sinken und blieben vom Schwund erfaßt zurück. So die Warte Zeitung. Wenn der Wehrer, der Schuhmacher, sogar der Friseur ihren Kunden die auffallenden Steigerungen mit kolossaliger Größe in die Höhe stellten. Indessen gibt es doch Unterschiede. Manche Waren steigen jährend zu den Werten, einige aber sinken und blieben vom Schwund erfaßt zurück. So die Warte Zeitung. Wenn der Wehrer, der Schuhmacher, sogar der Friseur ihren Kunden die auffallenden Steigerungen mit kolossaliger Größe in die Höhe stellten. Indessen gibt es doch Unterschiede. Manche Waren steigen jährend zu den Werten, einige aber sinken und blieben vom Schwund erfaßt zurück. So die Warte Zeitung. Wenn der Wehrer, der Schuhmacher, sogar der Friseur ihren Kunden die auffallenden Steigerungen mit kolossaliger Größe in die Höhe stellten. Indessen gibt es doch Unterschiede. Manche Waren steigen jährend zu den Werten, einige aber sinken und blieben vom Schwund erfaßt zurück. So die Warte Zeitung. Wenn der Wehrer, der Schuhmacher, sogar der Friseur ihren Kunden die auffallenden Steigerungen mit kolossaliger Größe in die Höhe stellten. Indessen gibt es doch Unterschiede. Manche Waren steigen jährend zu den Werten, einige aber sinken und blieben vom Schwund erfaßt zurück. So die Warte Zeitung. Wenn der Wehrer, der Schuhmacher, sogar der Friseur ihren Kunden die auffallenden Steigerungen mit kolossaliger Größe in die Höhe stellten. Indessen gibt es doch Unterschiede. Manche Waren steigen jährend zu den Werten, einige aber sinken und blieben vom Schwund erfaßt zurück. So die Warte Zeitung. Wenn der Wehrer, der Schuhmacher, sogar der Friseur ihren Kunden die auffallenden Steigerungen mit kolossaliger Größe in die Höhe stellten. Indessen gibt es doch Unterschiede. Manche Waren steigen jährend zu den Werten, einige aber sinken und blieben vom Schwund erfaßt zurück. So die Warte Zeitung. Wenn der Wehrer, der Schuhmacher, sogar der Frise

ist. Da sich die mahllose Verachtung unserer Zustände zuerst in den Zeitungen manifestiert, so führt, obgleich immer der andere beschimpft wird, im ganzen wahrscheinlich das Vertrauen in die gebräuchliche Meinung überdauert. Dazu die politische Mäßigkeit, die eigentlich die überwiegende Tatsache im Staatsleben ist. Nach den Unterhaltungen derer zu höhern, die keinen Beruf aus dem Reden oder Schreiben machen, werden die Gemüter von der Frage der "großen Koalition" nicht tief erregt, auch nicht von Genau, auch nicht vom Steuerkompromiss. Die Journale sind dazu da, von diesen Dingen zu reden, aber auch bei ihnen möchte die Meinung zum Unpolitischen. In der Berliner Presse sieht man, wie das Gefühl der Zeitung dem Filmmerbild des Kinos ähnlicher wird. Der Weltartikel, der häufig von der dort umstrittenen Rolle der Deutschen durchdrungen ist, muss sich von der anderen Spalte an unterhalb der Deutschen hinstrecken; während der Lesser flüchtigen Auges über die männliche Freude des fühlenden Politikers schweift, nimmt er schon mit, was in Paris und Bolsoario vorgetragen wird. Auf den inneren Seiten wird immer mehr Gebiet an gräßliche Rücksichten abgetreten, die dem grauen Tage Humor oder eine Philosophie in vierzig Seiten abzugeben wünschen. Auch früher war die Zeitung kein Ort innerer Sammlung, jetzt aber ist schon ein Auftakt zu lang, es muss Abwechslung dazwischen geben. Akademiker sagen, dass ein großer Teil der Studentenschaft ernsthafte Blätter gar nicht sieht. Vieles, durch die Arbeit und das harte Leben ohnehin übermäßig angestrengt, wollen nicht auch noch an das Tagesergebnis Studium leben. Sie lieben das amüsante Meinung oder die Laugenspitzer des scharf polemischen Stiles.

Zeitungen sollen gut geschrieben sein, aber zu Parteidummern lässt sich nicht alles verarbeiten. Die Kunst der Politik, über die in Deutschland so viele tiefgründige Bücher erscheinen, hat wie jede andre Kunst zur Grundlage die Fähigkeit der Geduld. Sage mir, wodurch du dich langweilst, und ich will dir sagen, wer du bist.

Milchauschette

Vom 2. April an wird das Milchauscherverfahren neu geregelt. Aus den zur Verfügung gestellten Reichs- und Landesmitteln wird bis auf weiteres ein Zuschuss zur Verbilligung des Milchpreises gewährt:

A. für Kinder im 1. und 2. Lebensjahr und stillende Frauen in den letzten 4 Monaten vor der Entbindung, ähnlich unter der Voraussetzung, dass das Einkommen dieser Personen und deren Kinder, die sie zu jagen haben, nicht mehr beträgt als 14 000 M. bei Lebend- und verwirkteten Personen ohne eigenen Haushalt, 18 000 M. bei Verheirateten und Personen mit eigenem Haushalt. Für jedes milchzuckerbedürftige Kind sind 2000 M. zum Jahreseinommen hinzugerechnet.

B. für Krause (einfachlich Tuberkuloseverdächtige) bei einem Gemeinschaftseinkommen des Kranken und derjenigen, die für ihn zu jagen haben, wo unter A. vorausgesetzt, dass er nicht Mitglied einer Krankenfamilie ist und diese die Kosten für die Milch, als zu kleinen Opfermittel im Sinne von § 182 Biffer I der Reichsversorgungsordnung gehört, zu tragen hat.

C. für Personen, die über 70 Jahre alt sind, mit einem Einkommen wie unter A.

Der Zuschuss wird gewährt in Form von zwei Gruppen von Garantien, und zwar: Gruppe I mit einem Verbilligungsatz von 14 M. für 7 Tage und Gruppe II mit einem Verbilligungsatz von 7 M. für 7 Tage. Den Gutschein Gruppe I erhalten die in § 1 A genannten Personen. Den Gutschein Gruppe II erhalten die unter A. und C genannten Personen. Die Gutscheine für die unter A. und C genannten Personen werden auf Antrag des Haushaltungsvorstandes durch die Strafbeamten ausgegeben. Der Antrag ist beim Vertrauensmann des Stadtbezirks zu stellen, vorabgefechtet, doch nicht schon seither Gutschene begangen worden sind. Hierbei ist zunächst ein Vorbruck zur Angabe des Einkommens zu entnehmen. Der Vorbruck ist vollständig und richtig auszufüllen und dann einer der folgenden Stellen zur Verbilligung über die Einkommensangaben des Antragstellers vorzulegen:

1. für Gewerbslose: bei der für ihn zuständigen Polizei-Polizei-Abteilung des Kreisgerichtsgerichts;

2. für kreisbeschädigte Rentenempfänger: bei dem Kreisamt für Kriegsfürsorge, Wilsdruffer Straße 10;

3. für Kriegshinterbliebene Witwen, Waisen, Eltern: bei dem Kreisamt für Kriegsfürsorge, Wilsdruffer Straße 15;

im übrigen 4. dem Obmann des zuständigen Pflegervereins oder

5. der zuständigen Stadtbezirksinspektion.

Der zuständige Vorbruck ist an den Vertrauensmann des zuständigen Stadtbezirks abzugeben; hierauf erfolgt die Zusammensetzung der Gutscheine.

Der Antrag auf Gewährung von Gutscheinen für Krause ist bei den Stadtbezirksinspektionen zu stellen. Hierbei ist zunächst der hierfür bestimmte Vorbruck auszufüllen und die drängliche Bezeichnung über die Notwendigkeit des Milchzuges beizulegen. Die Gutscheine sind von dem Volksbildungsbüro berechnet zugleich mit dem Bezirksschulrat der Volksschulen an den Milchzucker abzugeben. Dieser ist verpflichtet, sie mit dem vollen, darum erheblichen Geldwert in Aussicht zu nehmen. Der Milchzucker hat die Gutscheine getrennt nach den einzelnen Alters und aufgerechnet unverzüglich nach Abzug der jeweils gültigen Vollmittelerfüllung Montags nach dem 1. und 16. jeden Monats in dem Raum der Stadtkapelle abzugeben; hierauf erfolgt die Zusammensetzung der Gutscheine.

Der Antrag auf Gewährung von Gutscheinen für Krause ist bei den Stadtbezirksinspektionen zu stellen. Hierbei ist zunächst

der hierfür bestimmte Vorbruck auszufüllen und die drängliche Bezeichnung über die Notwendigkeit des Milchzuges beizulegen.

Die Gutscheine sind von dem Volksbildungsbüro berechnet zugleich mit dem Bezirksschulrat der Volksschulen an den Milchzucker abzugeben. Dieser ist verpflichtet, sie mit dem vollen, darum erheblichen Geldwert in Aussicht zu nehmen. Der Milchzucker hat die Gutscheine getrennt nach den einzelnen Alters und aufgerechnet unverzüglich nach Abzug der jeweils gültigen Vollmittelerfüllung Montags nach dem 1. und 16. jeden Monats in dem Raum der Stadtkapelle abzugeben; hierauf erfolgt die Zusammensetzung der Gutscheine.

Der Kaufmann Kempf in Dresden ist bestrebt verschleierter Häuser in der Kreuzer- und in der Glacisstraße. Er hat in den Jahren 1919 und 1921 in mehreren Häusern als Hauptnutzer die Einwilligung zur Nutzungnahme mittlerer Wohnungen in seinen Häusern durch Mietschlüsse, die ihm vom Wohnungsbauunternehmen geworden waren, davon abhängig gemacht, dass ihm die Mietschlüsse eine Sondervergütung von 250 bis 500 M. zahlten. So wurde einem Kollegiaten Dr. der nach Dresden berufenen ist, eine im Grundstück Glacisstraße 10 befindliche Wohnung durch das Wohnungsbauunternehmen zugewiesen. R. erklärt ihm: "Wenn Sie 500 M. zahlen, bekommen Sie die gute Wohnung". Der Mann zahlt und erhält darauf die Wohnung. Auch von einer Frau St. der eine Wohnung im Grundstück Kreuzerstraße 18 angewiesen werden war, verlangte R. eine Sondervergütung von 500 M. und zwar lediglich für seine Einwilligung der Nutzungnahme der Wohnung, die er noch Empfang des Gelbes auch nah. R. ist daraufhin wegen Vergangs gegen § 802 des Strafgesetzbuchs zu 8 Monaten Gefängnis, 1000 M. Strafe und 2 Jahren Ehrrechtsverlust verurteilt worden. Der Angeklagte, der sich damit verfehlte, es wäre ihm lediglich darum zu tun gewesen, die infolge des Streites entstehen Mietschlüsse und Widerbernahmen wieder auszugleichen. Nach den Ausführungen des Schöffengerichts gab es jedoch für den Angeklagten nur die Pleitesteigerung, die der Nachprüfung durch das Eingangungsamt unterliegt. Lediglich habe sich der Angeklagte aber auch Kinder im Alter bis zu drei Jahren, besonders solche mit

noch in diese anderen Hälften Sondervergütungen vorzubringen lassen. Wenn auch in diesen Fällen keine Beweisführung erfordert werden könnte, so ergibt sich doch daraus die Gewohnheitsmäßigkeit.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, dass der Angeklagte deren persönlichen Verdienst gekannt und die Rollage ausgenutzt hat. Es handelt sich um eine fortgeschrittenen Erfahrungswerte Thätigkeit des Angeklagten gehandelt.

Gegen seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein. Der Vorbericht des Staatsanwalts setzt nicht erfüllt. Es darf nicht getrennt werden zwischen Mietzins und Sondervergütung. Auch der Hauswert müsste und könnte sich nach der Konsumfaktur richten, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein. Der Vorbericht des Staatsanwalts setzt nicht erfüllt.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

Die Berufung ins Landgericht hat dann noch ausdrücklich festgestellt, dass die beiden Zeugen sich in einer Rollage befanden, besonders wenn ihm die früheren Jahre Verluste beigebracht haben. Es fehlt in der Rechtsprechung, dass ein frisches Wirtschaftsministerium auf die Rechtsprechung vorlegte. Der Oberstaatsanwalt erwiderte, dass seine Verurteilung legte der Angeklagte Einwirkungen ein.

<p

